

Neue Märkte:**Schwieriger Umstieg**

Jüngst, ein Gespräch mit dem eigentlich etablierten Kollegen: „Ich will unabhängiger werden vom WDR. Doch neue Kunden habe ich schon lange nicht mehr auf tun können.“ Leichte Resignation schwang mit über die vermehrte Arbeit, die für immer kleinere Honorare verlangt wird. Und über den Frust der Kundensuche.

Der Kollege ist schon lange im Geschäft, kennt sich aus in der Branche und im Geschäft des Journalismus. Mit den Stammkunden klappt es inhaltlich auch gut – doch die Perspektiven sind klar. Auch beim WDR ändert sich das Senderprofil und gleichzeitig verschlechtert sich die Honorar-Situation. Mehrfachverwertungen – früher ein gutes Zubrot – sind in Zeiten verstärkter digitaler Kooperation der Sender und ständig neu strukturierter Sendeplätze auch nicht mehr so einfach.

Gerade für Freie wird es schwer, wenn sie die stabile Systeme verlassen wollen, die sie bislang gut nährten. Denn Kaltakquise ist ein wirklich hartes Brot. Nichts geht über Kontakte und überzeugend gute eigene Ideen. Doch woher Kontakte nehmen, wenn in Köln beispielsweise alle die gleichen Kontakte haben. Viele Nachwuchs-Autorinnen und -Autoren schreiben auch für kleines Geld, es dauert lange, bis man ein wirklich gutes Verhältnis zu neuen Kunden aufgebaut hat. Dabei signalisieren auch die ehemals gut zahlenden Print-Medien, dass ihre Honorare kaum die Steigerungsraten der Spritpreise erreichen. Und die Lokalzeitungen marschieren auf dem Weg des „Sparens um jeden Preis“ – hier werden sogar kurzerhand ganze Redaktionen in neue Firmen ausgelagert und geschasst oder auch Lokalredaktionen schlicht eingestellt.

Auf dem gut gedüngten Nährboden des Frustes gedeihen dann Angebote wie das Folgende, gefunden in einer Online-Jobbörse. „Ich suche einen Journalisten, der Erfahrung hat neue Ideen zu vermarkten bzw. neue Firmen auf dem Markt in einem Text und mit Bildern an grosse bekannte Zeitschriften z.B.

Focus, Stern und Spiegel weiterzugeben. So, dass diese Zeitschriften einen kostenlosen Bericht darüber machen wollen. - Redaktionelle Erwähnung“ So der Original-Text, der zeigt, dass dieser Mensch tatsächlich sprachliche Hilfe benötigt. Und er lockt mit der Chance, echt berühmt zu werden: „Das ist DIE Chance für den Journalisten in ganz Deutschland gelesen zu werden.“

Immer wieder finden sich auch Journalistinnen und Journalisten, die auf solche Angebote eingehen. Dabei aber verletzen sie die Grenze zwischen Werbung/PR und Journalismus – und werden danach sicherlich kaum mehr in den großen Medien publiziert werden.

Ob es das wert ist? Der Freibrief hat nachrecherchiert – denn die Anzeige enthielt noch einen Hinweis auf den Verantwortlichen und darauf, dass ein Portal vermarktet werden soll. Gefunden haben wir ein mager gefülltes Internet-Portal zur Privatzimmer-Vermittlung (fünf Angebote). Wenn es das ist, dann ist das weder wirklich originell, noch neu, noch schlagzeilenträchtig – dafür lohnt sich die Grenzverletzung nun wirklich nicht.

Um gar nicht in solche Situationen zu geraten, muss man dem Spruch der Unternehmensberater glauben, die ihren Kunden deutlich sagen, dass Stagnation allzu leicht der Einstieg in den Fahrstuhl nach unten ist. Auch während guter Zeiten gilt, sich um neue Projekte und neue Kunden zu bemühen und Abhängigkeiten von einzelnen zu verhindern. Eine harte Aufgabe – doch die einzige Chance, für eine langfristige journalistische Existenz. Und bloß nicht Aufgeben. psch

Künstlersozialkasse:**Mehr Prüfungen**

Es ist beschlossen: Am 22. März ändern die Abgeordneten des Berliner Bundestages das Künstlersozialversicherungsgesetz. Die Zahl der Kontrollen soll steigen – und darüber freuen sich die Beteiligten.

Es sei „ein Schritt zur Herstellung der Beitragsgerechtigkeit“, so steht es in der Gesetzesbegründung. Und die SPD-Bundestagsfraktion betont: „Auf der Versichertenseite werden die Kontrollen verstärkt mit dem Ziel, dass nur die wirklich Berechtigten in den Genuss der Künstlersozialversicherung kommen.“ Bei dem aufwendigen Aufnahme-prozedere ist eigentlich auf dieser Ebene nicht viel mehr zu kontrollieren – wenn man tatsächlich nur die „wirklich Berechtigten“ von den eben nicht so Berechtigten trennen will.

Gleichzeitig sollen die Bundeszuschüsse reduziert werden. Gehen dann aber die Kontrollen auf Seiten der Versicherten tiefer und müssen darauf hin auch einige Versicherte mehr zahlen, wird dieses Ziel nicht erreicht – denn die andere Hälfte der Beiträge werden ja über den Staat ko-finanziert.

Parallel soll die Einnahme-Situation verstärkt werden. Durch die Mithilfe der Prüfdienste der Deutschen Rentenversicherung sollen mehr Verwerter erfasst und somit die Einzahlungen auf der Arbeitgeberseite erhöht werden. Denn derzeit wird der „Arbeitgeber“-Anteil zu 30 Prozent von Unternehmen getragen und 20 Prozent sind ein Bundeszuschuss. Dieser Zuschuss kann sinken, wenn eben die Künstlersozialabgabe der Unternehmen besser bezahlt wird.

Mal sehen, ob die Haushälter der Regierung rechnen können: Besser bei den Verwertern prüfen als bei den Künstlern. Denn eine Beitragsänderung der Künstler steigert in der Regel nicht die Einnahmen – schließlich wollen die anderen 50 Prozent auch finanziert sein.

„Wehe wehe, wenn ich an das Ende sehe“

Die Podcast-Revolution hat gerade erst begonnen

Podcast-Nutzer sind jung und noch in der Minderheit. Und doch: Weder die Sender noch die Freien MitarbeiterInnen der Sender haben bisher einen Begriff davon, wie revolutionär die podcast-Technologie ihre Existenz beeinflussen wird.

Eine schaurige Zukunftsvision von Ulli Schauen

Der Freie Mitarbeiter und Medienfachmann Fiete berichtet auf eigenes Risiko und eigene Spesen von einer mehrtägigen Medienkonferenz. Das rentiert sich für ihn – leidlich – nur deshalb, weil er für verschiedene Redaktionen berichtet. Kulturjournale und Medienmagazine im Hörfunk hat er als Abnehmer gewonnen, und auch ein, zwei Fachzeitschriften. Doch nun kommt die Podcast-Technologie ins Spiel. Ob SWR oder WDR, BR oder DLF – die Redaktionen stellen seine Berichte als Podcast ins Netz.

Die erste Folge ist, dass jeder, der die Podcasts der entsprechenden Sendungen abonniert hat, die doch sehr ähnlichen Berichte des Autors Fiete auf seinen PC bekommt. Hm. Und nun fällt außerdem auf, dass Fiete seine Berichte nur sehr wenig variiert hat, um jeweils ein neues Honorar bekommen zu können – denn, wie gesagt, ohne neues Honorar rentiert sich sein Aufwand nicht. Und natürlich hat die Medienredaktion des DLF auch den Podcast des BR abonniert und wird nun vielleicht sauer auf Fiete, wo vorher augenzwinkerndes Einverständnis herrschte. Aber er kann beim besten Willen nicht jeden Bericht komplett unterschiedlich produzieren, dazu fehlt die Zeit, denn sie wollen's alle auch schnell haben.

Die zweite – für Fiete positive – Folge ist, dass er selbst es bemerkt, dass auch die Medienredaktion Hessische Rundfunk seinen Bericht vom Bayerischen Rundfunk übernommen hat, trotz „W“-Vertrag ohne zu bezahlen. Er mahnt also dort das Geld an. Und er hat nun die Gelegenheit, das Werk bei der VG Wort zu melden.

Die dritte Folge ist mittelfristig absehbar und noch viel gravierender. Sobald die Radio-Produzenten und die Konsumenten die Podcasts noch umfassender nutzen als bisher, verschmelzen die jeweiligen special-interest-Magazine in der Sicht der Zuhörer/Zuschauer zu einem einzigen Informationskanal. Wenn sie also noch wahrgenommen werden will, kann es sich zum Beispiel die Verbrauchersendung des NDR nicht mehr leisten, allzuviele Beiträge vom WDR einfach so zu übernehmen. Aber das BR-Medienmagazin wird von Fiete kein Thema mehr kaufen, das er auch

beim WDR-Medienmagazin los geworden ist. Denn auf dem PC und dem MP3-Player der Zuhörer ist Fietes erster Bericht ja schon angekommen. Wer nun noch meint, die 4,5 Prozent tariflicher Online-Zuschlag, die Fiete dafür bekommt, dass der WDR sein Werk als Podcast nutzt, der hat sich fies verrechnet. Fiete kann einfach nicht mehr für nur einen Abnehmer die geliebte Medienkonferenz besuchen, wenn er nicht vom WDR alleine das doppelte Honorar für die intensive weltweite Verbreitung bekomme. Sonst wird wieder die Sache von Angestellten erledigt – oder das Programm verarmt.

Die vierte langfristige Folge ist schlimm, wenn erst einmal das gesamte Programm der regional organisierten ARD als podcast parallel und zeitversetzt nach gusto für die Zuschauer und Zuhörer verfügbar ist. Video und Audio „on demand“ hieß das früher, aber podcast und Internettechnologien wie www.onlinetvrecorder.com ermöglichen dasselbe nun noch viel komfortabler als jemals gedacht. Man braucht ja nicht einmal mehr zu klicken, damit das Programm auf den eigenen Rechner kommt – ob nun aus Potsdam, München, Hamburg oder Köln. Wer jetzt schon über Digitalatellit das gesamte ARD-Radio- und Fernsehprogramm empfängt, kann sich davon schon einen Begriff machen.

Service für Organisierte

Software hilft – ver.di-Mitglieder sparen

Der Computer ist nur so intelligent wie das Wissen, was ihm eingespeist wird. Die Steuer-Software der Akademischen Arbeitsgemeinschaft landet bei den Vergleichstests immer weit vorn, hilft also wirklich bei der jährlich notwendigen Steuererklärung.

Üblicherweise kostet die Software 34,80 Euro – im ver.di-Mitgliederservice kostet sie nur 20,40 Euro. Dabei übernimmt ver.di beim Erstversand auch noch die Versandkosten, die

Jetzt ist es egal, wer das Kulturmagazin, das Politikmagazin oder das Medienmagazin sendet. Alles, was nicht nur regional interessant ist, ist in Frage gestellt. Denn nun wird offensichtlich, dass überall das Gleiche wiedergekaut wird, auf nur marginal unterscheidbare Weise. Und die Existenz aller möglichen Wellen und Redaktionen steht in Frage: Warum eigentlich noch die Nachrichtensender Bayern 5, WDR 5, NDR Info, MDR Info parallel betreiben? Warum die Kulturinfos noch von WDR 3, Nordwestradio und MDR Figaro parallel beziehen?

Das könnte paradoxe und bizarre Effekte haben: Entweder alle möglichen Sender ziehen sich ausschließlich auf die regionalen und subregionalen Themen zurück. Die Politik von Rüttgers und Platzeck wird dann eingehender beleuchtet als die von Merkel, weil das ja auch alle anderen machen. Und gerade deswegen, weil MDR Figaro garantiert nicht das Salonorchester von Solingen im Programm hat, wird es für die WDR-Kulturleute interessant. Eine weitere Provinzialisierung also gerade darum, weil alle Sender ihre Sendungen weltweit verfügbar machen.

Oder aber die Sender treten in einen Wettstreit darum ein, über dieselben Themen auf immer abstrusere und schrillere Weise zu berichten – Hauptsache unterscheidbar. Der Erfolg oder Misserfolg ist ja auch per Podcast-Abozahl unmittelbar messbar.

Nichts davon dürfte Medienfachmann Fiete gefallen.

Die fünfte Folge ist verheerend: Weil ja sowieso alle Sender ihre Majo und Ketchup-Spezialitäten in die gleiche rotweiße Podcast-Soße liefern, überlegen sich die Politiker, Sender und Wellen abzuschaffen und die öffentlich-rechtlichen Sender zurecht zu stutzen. Jetzt ist nicht nur Fiete dran, sondern auch seine angestellten Kolleginnen und Kollegen.

sonst üblicherweise noch die Kunden mit übernommen werden. Das ist zwar Pech für die nächste Steuererklärung – weniger Kosten, die die Steuerlast senken. Doch echtes Sparen ist immer noch besser als Steuern sparen.

Link:

www.verdi-mitgliederservice.de/site/portal/beraten/index-software.htm

psch

Säumige Kunden

Mehr Zinsen – aber bitte mit Taktik

Der Kollege war nun wirklich nicht „Hans im Glück“. Und auch der Esel, der die Golddukatenscheine... sollte, der drehte sich einfach um und schüttelte den Kopf mit den langen Ohren. Eine Geschichte aus dem wirklichen Leben, wie sie immer mal wieder geschehen kann: Kunde verlangt die Arbeit, kassiert die Leistung – zahlt aber nicht. In solchen Fällen kann man jetzt mit höheren Zinsen drohen. Den die Bundesbank hat den Wert für die gesetzlichen Verzugszinsen erhöht.

Seit Januar gilt: Wenn der Kunde in Verzug gerät und dafür Zinsen zahlen soll, dann liegt der Zinssatz heute bei 10,7 Prozent für gewerbliche Kunden und bei 7,7 Prozent bei privaten Kunden. Mit den Privaten aber muss dies über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder auch einen Vertrag abgesichert sein.

In Verzug gerät die Kundschaft automatisch – und zwar dann, wenn die Rechnung länger als vier Wochen liegt. So steht es seit einigen Jahren im Gesetz. Mahnungen und Zahlungserinnerungen sind offiziell gar nicht notwendig.

Die Frage ist nur: Wie kommt man an sein Geld – und zwar möglichst zügig, denn ohne Bares auf dem Konto lächelt der Bäcker auch nur müde. Erstens: es muss grundsätzlich zunächst eine Rechnung geschrieben sein. Denn die Rechnung ist die Anspruchsgrundlage für alle weiteren Möglichkeiten, das Geld dann wirklich einzutreiben.

Danach heißt es erst einmal Warten. Vier Wochen lang – und dann kann man ganz freundlich schreiben, dass der Kunde wohl

vergessen hat, den fälligen Betrag zu überweisen. Doch wer nicht zahlen kann oder will, für den ist solch ein Schreiben letztlich auch nicht so wirklich wichtig. Interessanter ist ein Telefonat – so ganz nach dem Motto, der Kunde habe doch früher immer so nett gezahlt, was denn los sei. Denn letztlich geht es darum, heraus zu finden, in welcher Lage sich die Kundschaft befindet.

Gibt es inhaltliche Probleme, räumt man die besser in einem Gespräch aus der Welt. Gibt es ein kurzfristiges Finanzierungsproblem, dann sollte man nicht gleich die Keule raus holen und mit aller Gewalt das Geld einfordern. Denn das kann die Lage des Zahlungsunfähigen nur verschlimmern, kann ihn je nach Umfang sogar endgültig in die Insolvenz rauschen lassen. Damit aber ist keinem gedient – denn dann kommt das Geld höchstens mit kräftigem Abschlag. Droht allerdings recht bald tatsächlich die Insolvenz, dann gilt zu retten, was zu retten ist, bevor der Insolvenzverwalter kommt.

Nicht umsonst holen beispielsweise Lieferanten bei solchen Kunden ganz schnell die unbezahlte Ware weg, bevor sie weiter ver-

arbeitet ist. Für uns Dienstleister gilt: Jeder Euro, der vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens fließt, ist gewonnenes Geld – denn nachher gehören die Dienstleister zu den Letzten, die eine Chance auf ihr Geld haben.

Ist die Kundschaft einfach nur unwillig, dann aber lohnt sich die Keule. Dazu gibt es ein gesetzlich geregeltes Mahnverfahren. Schlampe Kunden werden so diszipliniert – sind dann aber auch meist die Kunden von damals und nicht die Kunden der Zukunft. Doch was hilft ein Kunde, der nicht zahlt. Ein Mahnverfahren kann jeder selbst einleiten – bei Gericht oder im gut sortierten Schreibwarenladen erwirbt mensch dann einen „Vordruck für den Mahn- und Vollstreckungsbescheid“, zahlt die Gebühren und reicht den bei Gericht ein. Übrigens: Die Geschäftsstellen vor Gericht helfen beim Ausfüllen und nehmen dann den Rest des Prozederes in die Hand. Legt der Ex-Kunde keinen Widerspruch ein, folgt der Vollstreckungsbescheid – legt die Kundschaft Widerspruch ein, dann geht es vor Gericht. Bei diesem Verfahren hilft auch die Rechtsschutz-Versicherung von ver.di.

Wer sich gar nicht so aufwändig streiten will und einfach nur schnell Geld benötigt, kann seine Forderungen auch an ein Inkasso-Büro abtreten. Die haben Übung darin, schnell das Geld einzutreiben – allerdings bleibt ein ordentlicher Teil der geschuldeten Rechnungssumme auch auf dem Konto des Inkassobüros. Entscheidend ist aber immer: Es muss ein gerechtfertigter Anspruch bestehen – also beispielsweise ein abgenommenes Werk und eine Rechnung.

psch

Markt

Public Relations liegt voll im Trend

Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen blicken viele Freie auch in Richtung PR. Durchaus zu Recht, denn PR ist eine boomende Branche. Eine Umfrage unter 149 Agenturen ergab, dass die Honorar-Umsätze um fast 13 Prozent gestiegen sind. Eingestellt wurden etwa neun Prozent mehr Mitarbeiter.

Ebenso dürfte das Auftragsvolumen, was die Agenturen nach außen vergeben haben, ordentlich gestiegen sein. Dies aber wurde leider nicht abgefragt – doch vielen Freien ist klar, dass im Rahmen von Public Relations-Arbeit ganz ordentliche Honorare zu erwirtschaften sind.

psch

Impressum:

Der „Freibrief“ ist eine Zeitschrift für freiberufliche Mitglieder der ver.di, Fachgruppen Journalismus und Rundfunk – in NRW. Er ist online verfügbar unter www.freiseiten.de sowie über die Internet-Präsenz der ver.di-Fachgruppe Journalismus unter www.dju-nrw.de. Außerdem steht eine Druckauflage für den Postversand (Preis: 1,50 Euro/Stück) zur Verfügung. Abo-Anfragen bitte an Jutta Klebon (v.i.S.d.P.), c/o ver.di Landesbezirk NRW, Fachbereich Medien, Kunst und Kultur, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 6 18 24-333, Fax: (02 11) 6 18 24-468, E-Mail: jutta.klebon@verdi.de

Satz: CE Grafik Design, Carsten Engels, Gummersbach, Telefon: (0 22 61) 2 99 66

Redaktion: Journalistenbüro profil, Peter Schmidt, Bismarckstr. 1, 51643 Gummersbach, Telefon: (0 22 61) 92 62 10, Fax: (0 22 61) 92 62-24, E-Mail: psch-profil@t-online.de

Wir freuen uns immer wieder neu über Anregungen, Beiträge und Terminhinweise. Schließlich ist der Freibrief von Freien für Freie gemacht.

Steuern I

Neue Chancen für das alte Arbeitszimmer

Eigentlich ist das häusliche Arbeitszimmer nicht mehr steuerlich abzugsfähig. So war es entschieden – doch ob es so bleibt, soll vor Gericht geklärt werden. Denn neben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat auch der berufsständische Deutsche Philologenverband ein Rechtsgutachten erarbeiten lassen.

Das interessante am Gutachten des Philologenverbandes: Hier werden weitere Berufsgruppen wie die Berufsmusikerinnen und Berufsmusiker ebenso genannt wie Journalistinnen und Journalisten. Hat der Philologenverband Erfolg mit seinen Bemühungen, dann haben auch die Freiberufler der Medienbranche eine Chance, die ihr häusliches Arbeitszimmer nicht als Mittelpunkt ihrer Tätigkeit darstellen können. Das sind beispielsweise die Pauschalistinnen, Freie Reporter oder auch auch Moderatorinnen.

psch

Steuern II

Teure Auskunft vom Amt

Die Finanzämter sind überlastet – und der Staat benötigt Bares. Also gilt seit Anfang des Jahres, dass verbindliche Auskünfte des Finanzamtes gebührenpflichtig sind.

Mittlerweile hat das Berliner Finanzministerium seine Finanzämter über die konkreten Regeln informiert. Danach ist klar: Eine verbindliche Auskunft kostet zwischen 121 Euro und 92.000 Euro. Bewertet wird die Gebühr nach dem so genannten Gegenstandswert – und berechnet sich ganz geschickt nach dem Vorteil, den der Steuerpflichtige hat, wenn er sich mit seiner Rechtsauffassung durchsetzt. Dabei geht das Finanzamt gleich davon aus, dass es die gegenteilige Meinung vertritt. Das treibt die Gebühren. Denn auch wenn die gegensätzliche Meinung nicht rechtens ist, bestimmt sie doch den Wert mit.

Ist es nicht möglich, eine Gebühr nach dem Gegenstandswert zu kalkulieren, sollen die Ämter den Zeitaufwand zum Maß der Dinge machen und einen Stundensatz von 50 Euro zu Grunde legen. Auch diese Gebühr beträgt mindestens 121 Euro.

psch

Für Freie Journalistinnen und Journalisten stellt sich hier die Frage: Lohnen sich solche Auskunfts-Ersuchen überhaupt. Unverbindliche, klärende Telefonate mit dem Finanzamt bleiben gebührenfrei – es darf nur nicht wesentlich verschriftlicht werden. Und Einspruch kann nach dem Bescheid des Amtes auf jeden Fall eingelegt werden. Dann kostet es auch nichts. Letztlich mag jeder für sich entscheiden, wie denn vorzugehen ist.

Wer auf einer verbindlichen Auskunft beharrt, muss allerdings wissen: Die Gebühren – auch wenn sie rein beruflich notwendig sind – sind nicht steuerlich absetzbar.

psch

Steuern III

Neue Mehrwertsteuer – neue Kalkulation

Die Wirtschaft hat den Anstieg der Mehrwertsteuer verdaut – zumindest hört man kein lautes Wehklagen mehr. Doch für die Freien lohnt sich eventuell der Griff zum Taschenrechner.

Denn obwohl die Mehrwertsteuer gestiegen ist, hat sich die Vorsteuer-Pauschale nicht verändert. Das ist wichtig für all die, die den pauschalierten Weg für ihre Umsatzsteuer-Erklärung gewählt haben. Da können sie weiter 4,8 Prozent vom Netto-Umsatz abziehen und so dafür sorgen, dass sie statt der eingenommen 7 Prozent Mehrwertsteuer nur noch 2,2 Prozent ans Finanzamt überweisen. An sich ein guter Weg – viele haben diese Art der Erklärung gewählt, um sich entweder umständliches Rechnen zu ersparen oder um einfach einen Steuervorteil zu ergattern. Das ist völlig legal und kein Problem.

Doch genau dieser Steuervorteil kann jetzt verschwunden sein. Denn für die Ausgaben werden jetzt vielfach statt der früher üblichen 16 Prozent Mehrwertsteuer eben 19 Prozent fällig. Drei Prozent mehr also – und wenn jemand relativ viele Kosten produziert, kann es sich jetzt lohnen, die Steuern im Einzelabzugsverfahren zu errechnen. Das ist vielleicht aufwändig, geht auch nur mit fleißigem Rechnen und dem Sammeln der Belege. Mit einer solchen Fleißarbeit lässt sich dann verhindern, dass bei der Mehrwertsteuer draufgezahlt wird. Vielleicht genügt auch ein erster Check über das erste halbe Jahr, um dann zu entscheiden: der Aufwand lohnt – oder die Pauschalierung ist doch der effektivere und vielleicht sogar immer auch ertragreichere Weg der Mehrwertsteuer-Erklärung.

psch

Freienberatung

Alle vier Wochen ist die Freienberatung für Mitglieder Anlaufstelle zu Fragen wie Urheberrecht, Honoraren, Einstiegs- und Versicherungsfragen – und all das, was sich an Problematiken rund um den Freien Journalismus rankt. Egal, ob Hörfunk, TV, Print, Internet oder PR – alle Fragen sind erlaubt.

Die nächsten Termine:

9. Mai / 6. Juni

8. August / 5. September

In den Sommerferien werden bei Bedarf auch individuell Termine vereinbart.

Die Beratungen finden zwischen 14 und 18 Uhr statt. Und zwar im Haus Forum (WDR – gegenüber Vierscheibenhaus an der U-Bahn-Station Appellhofplatz), Appellhofplatz 1a, 50667 Köln. Eine Anmeldung ist notwendig unter Telefon: (02 11) 6 18 24-333 bei Helga Becker.

Die **Technik-Beratung** wird ebenfalls von Helga Becker organisiert. Anmeldung also auch unter (02 11) 6 18 24-333 – hier werden die Termine individuell mit den Beratern abgestimmt.

Alle NRW-ver.di-Mitglieder, die – teilweise oder komplett – als SchauspielerInnen, SängerInnen, MusikerInnen, TänzerInnen, AutorInnen, BildhauerInnen, MalerInnen **Fragen zu ihrem künstlerischen Bereich** (und nur zu dem!) und zu aller damit zusammenhängenden Bürokratie, erhalten bei Stefan Kunz eine Gratis-Beratung. Bitte statt auf einen Rückruf zu warten, lieber nach Anrufbeantworterkontakt noch einmal selbst anrufen! Mitgliedsnummer bereithalten. Telefon: (0 22 02) 70 88 70.

Steuern IV

Weiter Fahrtkosten listen

Wer in einem Journalistenbüro arbeitet oder irgendwo in der Region noch einen externen Arbeitsplatz eingerichtet hat, konnte bislang seine Fahrten wie normale Berufspendler von der Steuer absetzen. Diese Pendlerpauschale aber sollte stark eingeschränkt werden – für viele wären dann die gefahrenen Kilometer nicht mehr steuerwirksam. Nun haben erste Finanzgerichte diese Änderungen nicht akzeptiert. Auch wenn eine letztendliche Entscheidung noch fehlt, sollten alle betroffenen Freien weiter ihre Fahrten zum Büro und zurück weiter in der Steuererklärung notieren – nur so gibt es später auch die zu erhoffenden Euros. Und die Chancen stehen gut ...